

Unbequemes Wissen

geschrieben von Chris Frey | 7. März 2021

[*It is a *tour de force*. Diesen Terminus kann man auch mit „Kraftprobe“ oder anderen Bedeutungen übersetzen. A. d. Übers.]

Von Donald Rumsfeld stammt eine berühmte Aussage über die Probleme der Entscheidungsfindung angesichts von „*known knowns*“, „*known unknowns*“ und „*unknown unknowns*“. Zu diesen drei Kategorien fügte Rayner eine vierte hinzu, „*unknown knowns*“ – die Dinge, die wir tatsächlich wissen, aber vorgeben, nicht zu wissen. Er nannte dies „unbequemes Wissen“ und bezog sich damit auf all das, was politische Entscheidungsträger und Institutionen vergessen, um zu regieren.

Bis zu einem gewissen Grad sei es unvermeidlich, unbequemes Wissen aus dem Bild zu verbannen, argumentierte Rayner. Angesichts einer Welt von irreduzibler Komplexität müssen Menschen vereinfachte Versionen der Realität konstruieren, um handeln zu können. **Aber wenn Institutionen nicht in der Lage sind, unbequemes Wissen in die Politikgestaltung zu integrieren, können die Folgen gravierend sein.** Dies gilt nicht nur im Hinblick auf kurzfristige politische Ergebnisse, sondern auch für die langfristige Glaubwürdigkeit der Institutionen.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Ein Jahr später hat uns die Covid-19-Pandemie nachdrücklich gezeigt, wie das geht. Von Anfang an machten Wissenschaftler, Experten, Experten und Provokateure eine kühne Ankündigung nach der anderen. Politische Entscheidungsträger kündigten Beschränkungen an, die angeblich auf den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhten, und ließen sie dann innerhalb weniger Tage wieder fallen.

Wie so oft sind die Fakten unseren Interpretationen ihrer Bedeutung unterworfen. Der Erfolg bei der Eindämmung des Virus in Vietnam, Taiwan, Korea und Japan zählt nicht, weil es asiatische Länder sind. Neuseeland schon, weil sie wie „wir“ sind. Die hohen Fallzahlen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien sind auf die Inkompetenz global unpopulärer Führer zurückzuführen. In Italien, Spanien und Frankreich sind sie auf die Überalterung der Bevölkerung und die höhere Bevölkerungsdichte zurückzuführen.

Eines scheint jedoch sicher zu sein. Mit jeder neuen Wendung, mit jedem neuen Scharmützel zwischen den sich duellierenden Experten, mit jeder Runde von Schuldzuweisungen, wenn die Dinge nicht so laufen, wie sie versprochen wurden, verlieren unsere sozialen und politischen Institutionen ein wenig mehr an Glaubwürdigkeit.

1.

Wie mit der Pandemie, so mit der Welt. Diese Ausgabe des *Breakthrough Journal* trägt den Titel „**Uncomfortable Knowledge**“ [Unbequemes Wissen], eine Hommage an Steve Rayner, dessen Arbeit so vieles, was wir im Laufe der Jahre veröffentlicht haben, informiert, vorweggenommen und inspiriert hat. Es enthält Rayners letzten Aufsatz, „*Policy Making in the Post-Truth World*“ [etwa: Politische Entscheidungen in einer Welt jenseits der Nachrichten], der posthum mit Daniel Sarewitz veröffentlicht wurde. In dem Aufsatz bieten Rayner und Sarewitz eine Abschiedsrede auf Rayners Denken über die Anforderungen und Perversitäten der „postnormalen“ Wissenschaft, wie normative Ansichten über die Natur die Wissenschaft in Bezug auf Risiko, Technologie und Umwelt informieren und die Art und Weise, in der so viel von dem, was wir heute Wissenschaft nennen, nicht wirklich die Natur beschreibt, sondern eher künstliche Nachbildungen der natürlichen Welt, die zunehmend von allem entfernt sind, was wir beobachten oder testen können.

Das daraus resultierende Sammelsurium von normativen Behauptungen, *Confirmation Biases*, oberflächlicher Empirie, nicht falsifizierbaren Vorhersagen, Kontrafaktizitäten und Kontrakontrafaktizitäten hat – wenig überraschend – zu einem schwindenden Vertrauen in die Wissenschaften, Experten und Institutionen geführt, die sich anmaßen, uns in diesen Angelegenheiten zu leiten. Als Reaktion darauf kommen viele Beobachter zu dem Schluss, dass wir in eine „Post-Wahrheits“-Ära eingetreten sind, in der Rechtspopulisten, Verschwörungstheoretiker und alternative Heiler einen Krieg gegen die Wissenschaft führen, mit potenziell verheerenden Folgen für die menschlichen Gesellschaften und den Planeten.

Aber Rayner und Sarewitz argumentieren, dass dies nicht so ist. Das Problem ist nicht, dass Scharlatane die Öffentlichkeit mit Pseudowissenschaft und Fehlinformationen getäuscht haben, sondern dass die Expertenklasse und die Institutionen, in die sie eingebettet sind, es versäumt haben, sich um die Vielzahl der öffentlichen Werte zu kümmern, die unvermeidlich in die Konstruktion von politisch relevanter Wissenschaft involviert sind. Die Lösung, so argumentieren sie, ist nicht mehr Forschung, bessere Wissenschaftskommunikation oder lautere Verurteilungen von Wissenschaftsleugnung. Stattdessen ist es ein größerer kognitiver Pluralismus – sowohl in der Art und Weise, wie wir Probleme definieren, als auch in der Art und Weise, wie wir Lösungen gestalten – so dass beide besser in der Lage sind, eine breitere Palette von normativen Haltungen gegenüber Risiken anzusprechen.

[Hervorhebung des gesamten Absatzes im Original]

Ein Großteil der Diskussion über den „Krieg gegen die Wissenschaft“ und unseren „*Post-Truth*“-Zustand bezieht sich natürlich nicht auf einen allgemeinen Zustand, sondern auf eine spezifische Kontroverse, nämlich das Versagen der politischen Entscheidungsträger, die Empfehlungen der Klimawissenschaftler zu beherzigen, wobei viele Klimabefürworter [*climate advocates*] behaupten, dass das Versagen das Ergebnis einer

anhaltenden Desinformationskampagne der Medien ist, die von den Interessen der fossilen Brennstoffe unterstützt wird.

Aber in „*Unbalanced: How Liberal Elites Have Cued Climate Polarization*“ [etwa: „Unausgewogen: Wie liberale Eliten die Klima-Polarisierung herbeigeführt haben“] argumentieren die Politikwissenschaftler Eric Merkley und Dominik Stecula, dass es wenig Beweise gibt, die diese Behauptung unterstützen. Auf der Grundlage einer umfassenden Studie über drei Jahrzehnte Nachrichtenberichterstattung zu diesem Thema stellen Merkley und Stecula fest, dass die Mainstream-Medien, einschließlich konservativer Medien wie dem Wall Street Journal und Fox News, den Klimaskeptikern nie eine große Plattform geboten haben.

Das ist aber noch nicht das Ende der Geschichte. Die Medien haben eine Rolle bei der Polarisierung der Einstellungen zu diesem Thema gespielt, nur nicht die Rolle, die sich viele vorgestellt haben. „Das Problem mit der konventionellen Umweltgeschichte über die Klimaleugnung ist, dass sie die kritische und polarisierende Wirkung von Hinweisen ignoriert, die republikanische Wähler von demokratischen und liberalen Eliten erhalten haben.“, schreiben Merkley und Stecula.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Republikaner skeptischer gegenüber dem Klimawandel geworden. Das liegt nicht daran, dass sie ihre Hinweise von Wissenschaftsleugnern in den Medien erhielten, sondern daran, dass sie negativ auf hochkarätige liberale und umweltpolitische Klimabefürworter reagierten, die die Medienberichterstattung dominiert haben.

[Hervorhebung im Original]

Das ist in der Tat eine unangenehme Erkenntnis für diejenigen, die bei diesem Thema in der Medienberichterstattung überwältigend vertreten waren und das breitere Narrativ geprägt haben. **Und so erfanden Partisanen und Umweltschützer eine Verschwörung, um ihr Scheitern zu erklären**, die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, anstatt die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass zwei Jahrzehnte der Gestaltung des Themas in einer Weise, die parteipolitischen und ideologischen Zielen diene, das Thema vorhersehbar entlang parteipolitischer und ideologischer Linien polarisierte.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

In „*What Would Hayek Do About Climate Change*“ nimmt Sagoff neoklassische Ökonomen aufs Korn, die argumentieren, das Problem sei das Ergebnis eines „Marktversagens“, das durch die Bepreisung von Kohlenstoff gelöst werden könne. Diese Behauptung missversteht, was Märkte und Preise eigentlich tun. „Märkte sind für die Entdeckung da, nicht für den Nutzen“, argumentiert Sagoff. Preise vermitteln Informationen, keinen Wert.

„Wenn es nach der *American Economic Association* (AEA) ginge, würde sie

die Preise nach ihrer Berechnung der sozialen Kosten von Kohlenstoff festlegen“, schreibt Sagoff. „Unternehmer würden dann nicht um die Marktpreise herum planen, sondern um die AEA-„Preise‘, die in dem doktrinären und politischen Wind schweben. Das macht Investitionen zu Spekulationen – Wetten darauf, was die nächste Regierung oder das Zentralkomitee tun wird.“

Hayek, so spekuliert Sagoff, hätte den Klimawandel nicht als ein Problem des Marktversagens verstanden, sondern als eines der Information, der Entdeckung und der Innovation. Er hätte nichts dagegen gehabt, dass die Regierung als Investor und Risikokapitalgeber auftritt oder sogar mehr für aufkommende saubere Energietechnologien zahlt. Aber er hätte sich dagegen gewandt, dass die Regierung versucht, die Märkte durch die Festlegung von Preisen zu regulieren.

[Hervorhebung im Original]

„Indem sie ein rituelles ‚Marktversagen‘-Abracadabra über soziale Probleme singen“, so argumentiert Sagoff, „würden Ökonomen eine freie Marktwirtschaft durch eine Kosten-Nutzen-Analyse ersetzen, um ein Hirngespinnst ihrer mathematischen Vorstellungskraft zu erreichen, d.h. Wohlfahrt, Besserstellung oder Nutzen, für dessen Messung sie bezahlt werden wollen.“

2.

In seiner langen und abwechslungsreichen Karriere interessierte sich der studierte Anthropologe Rayner weniger dafür, was die Wissenschaft abstrakt tut oder welchen Wert sie an sich hat, sondern wofür sie da ist. Wie nutzen wir sie? Warum vertrauen wir ihr? Wie helfen uns die Wissenschaften und die Menschen, die sie für politische Entscheidungsträger und Laien interpretieren, dabei, die Welt besser zu verstehen, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen und bessere Entscheidungen zu treffen?

In dieser Hinsicht war Rayner ebenso besorgt über den Missbrauch von Wissenschaft und wissenschaftlicher Autorität wie über das, was die Wissenschaft leisten kann. Ob es Klimawissenschaftler sind, die immer mehr Medienberichterstattung über ihre Wissenschaft fordern, Umweltschützer, die darauf bestehen, dass ihre politische Agenda einfach das Gesetz der Thermodynamik ist, das in der Sozialpolitik klein geschrieben wird, oder Ökonomen, die sich einbilden, dass sie die Kosten des Klimawandels am Ende des Jahrhunderts zuverlässig abschätzen können, um heute angemessene Kohlenstoffsteuerhöhen zu berechnen – alle Aufsätze in dieser Ausgabe sprechen auf die eine oder andere Weise diese Frage an.

Die Vorstellung, dass die öffentliche Wissenschaft die Kosten und den Nutzen des Klimawandels über ein Jahrhundert oder das Verhalten eines Atommülllagers über Jahrtausende hinweg oder sogar die globalen Folgen einer sich schnell ausbreitenden Pandemie über Hunderte von Regionen mit

unterschiedlichen Bevölkerungen, Kulturen und institutionellen Traditionen und Kapazitäten hinweg vernünftig charakterisieren könnte, verlangt etwas von der Wissenschaft und den Institutionen, in denen sie lebt, dem sie niemals gerecht werden könnte.

„Niemand macht sich Sorgen darüber“, stellen Rayner und Sarewitz fest, „ob Laien Astrophysikern vertrauen, die den Ursprung der Sterne erforschen, oder Biologen, die anaerobe Bakterien studieren, die sich um Tiefsee-Schlote scharen.“ Ebenso wenig misstrauen die meisten von uns Chirurgen oder Flugzeugpiloten. Es ist eher eine bestimmte Art von Wissenschaft, „die Ansprüche darauf erhebt, wie wir leben und wie wir regiert werden“, der so viele von uns nicht mehr vertrauen.

Diese Art von Wissenschaft ist in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts so heftig umstritten, weil die Wissenschaft, die mit der komplexen Schnittstelle von menschlichen Gesellschaften, öffentlicher Gesundheit, der natürlichen Welt und der Technologie verbunden ist, so viel Unsicherheit über so viele Wertigkeiten menschlicher Entscheidungen und Werte mit sich bringt. Laien misstrauen zu Recht starken Behauptungen, ob sie nun von Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern oder Befürwortern derselben stammen, die auf dieser Art von Wissenschaft basieren.

[Hervorhebung im Original]

Aus diesem Grund kümmerte sich Rayner viel mehr um zivilgesellschaftliche Institutionen als um das Wissen, das sie verkörpern; er glaubte, dass gute Institutionen, die in der Lage sind, konkurrierende Interessen und Weltanschauungen zu steuern, wichtiger sind als eine idealisierte Vorstellung von „guter Wissenschaft“. Diese Perspektive hat sich als immer vorausschauender und wertvoller erwiesen, da ein Großteil der öffentlichen Wissenschaft sich zunehmend von Behauptungen gelöst hat, die tatsächlich beobachtbar oder überprüfbar sind, da unsere Expertenklasse für ihre vielen konkurrierenden und übermütigen Behauptungen und Vorhersagen immer weniger rechenschaftspflichtig geworden ist und da unsere politische Klasse nicht mehr bereit ist, Verantwortung für ihre Handlungen und Entscheidungen zu übernehmen. Das Problem ist nicht so sehr die Wissenschaft, die für gesellschaftliche Kontroversen über Risiko, Technologie und Umwelt relevant ist, sondern die Eliten und Institutionen, die sie produzieren.

Da wir beobachtet haben, wie so viele unserer Institutionen versagt haben und so viel von unserer politischen Kultur zerfallen ist, wird es nur noch deutlicher, dass unsere Fähigkeit zur Selbstverwaltung in fortgeschrittenen, entwickelten Volkswirtschaften davon abhängt, eine gesunde Schnittstelle zwischen Wissenschaft, öffentlichen Institutionen und der Öffentlichkeit, der sie dienen, wiederherzustellen. Leider weilt Steve Rayner nicht mehr hienieden, um uns bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu helfen. Aber seine Arbeit und sein Vermächtnis

haben uns eine tiefe Reserve hinterlassen, aus der wir schöpfen können, wenn wir uns auf das zubewegen, was Rayner immer als „unbeholfene Lösungen“ [*clumsy solutions*] erkannte.

Link: <https://judithcurry.com/2021/03/03/uncomfortable-knowledge/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE